

„Der Laubaner Bote“

erscheint jeden Mittwoch früh in der Buchdruckerei der Gebr. Scharf, Görlitzerstraße.

Abonnements-Preis:

vierteljährlich 8 Sgr.



Amtliche und Privat-Anzeigen werden bis Dienstag Mittag angenommen und wird die Zeile aus gewöhnlicher Schrift mit 1 Sgr. berechnet, größere Schrift und Einfassungen nach Verhältniß des Raumes.

Der Laubaner Bote.

Eine Wochenschrift für Stadt und Land.

No. 34.

Mittwoch, den 25. August

1869.

Berlin. Se. Maj. der König wird am 25. d. hier erwartet. Es sollen sodann erst die Dispositionen über die Königsmanöver in Preußen getroffen werden. Insofern sind die anderweitigen Nachrichten über Verlegung der Manöver wegen der Kinderpest verfrüht.

— Unser König hat durch den preussischen Gesandten am Dresdener Hofe, v. Eichmann, dem Centralcomité zur Unterstützung der hilfsbedürftigen Hinterbliebenen der im Plauenschen Grunde verunglückten Bergleute Tausend Thaler zustellen lassen.

Berlin, 19. August. Die „Prov.-Corresp.“ bespricht in einem langen Artikel die friedliche Lage Europas. Nachdem sie Englands, Russlands und Italiens Haltung charakterisirt hat, fährt sie fort: „Bei Beurtheilung der Aussichten in die Zukunft wendet sich begreiflicher Weise die Aufmerksamkeit besonders auf die im Mittelpunkt Europas gelegenen Mächte: Frankreich, Oesterreich und Preußen. Es lag in der Natur der Dinge, daß durch die gewaltigen Ereignisse des Jahres 1866 und die in Folge derselben unvermeidlichen Umgestaltungen die gegenseitige Stellung der drei genannten Mächte mancherlei Schwankungen und Aufsetzungen erfahren mußte. Gerade die Empfindung eines solchen noch vielfach ungeklärten Verhältnisses, welche bei einzelnen Zwischenfällen noch in erhöhte Spannung versetzt wurde, unterhielt eine dauernde Unruhe in den Gemüthern und ließ dieselben von der Besorgniß drohender Kriegsgefahr nicht frei werden. Indessen ist der Friedensstand zwischen den drei Mächten ungestört geblieben; die neueste Gestaltung Deutschlands hat nicht nur im Völkerrechte, sondern auch im öffentlichen Bewußtsein festen Boden gewonnen und die allseitig wiederholte Bethenerung friedfertiger Absichten konnte um so weniger ihren Eindruck verfehlen, als man nicht darüber im Zweifel war, daß allen Theilen die Fortdauer des Friedens zu Statten komme. In Frankreich haben sich freilich

zuweilen noch Stimmen hören lassen, welche im Geiste einer überwundenen Vergangenheit für die französische Politik das Recht in Anspruch nehmen, über die Entwicklung der deutschen Verhältnisse Aufsicht und Vormundschaft zu führen. Glücklicherweise sind diese Stimmen, deren Annahme das Nationalgefühl des deutschen Volkes mit Entschiedenheit zurückweist, auch in Frankreich ohne tiefer greifende Wirkung verhallt. Die fähigsten und einflussreichsten Führer aller Parteien haben für das Recht der deutschen Nation, wie für die Vortheile eines freundschaftlichen Einvernehmens mit dem Nachbarvolke, ein offenes Verständniß gezeigt und an den jüngsten Wahlen für den gesetzgebenden Körper ist eine Mehrheit hervorgegangen, welche sich zu der Losung: „Friede mit Deutschland“ als zu einem leitenden Grundsatz für die auswärtige Politik Frankreichs bekennt. Der Kaiser Napoleon selbst hat bei allen Angelegenheiten feierlich seine Achtung vor dem Recht der Nationalitäten ausgesprochen und die Versicherung gegeben, daß seine Bemühungen auf die Erhaltung des Friedens gerichtet seien. Die jüngste Wendung, welche in den inneren Zuständen Frankreichs eingetreten ist, erscheint ganz besonders geeignet, dem Glauben an die friedlichen Absichten des Kaisers eine festere Grundlage zu geben. Durch die einer nahen Verwirklichung entgegengehende Umgestaltung des Staatsgrundgesetzes, welche der Volksvertretung einen gewichtigen Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten zuweist, ist eine Bewegung angebahnt, welche zunächst alle Aufmerksamkeit der Regierung und alle Kräfte der Nation ausschließlich in Anspruch nimmt. Inmitten einer solchen Entwicklung, an deren Gelingen nur bei Fortdauer des Friedens zu denken ist, muß die öffentliche Meinung in Frankreich um so dringender den Beruf fühlen, die Eingebungen unberechtigten Ehrgeizes niederzuhalten. — Augenscheinlich wird die auswärtige Politik Oesterreichs durch die